



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



03. Juni 2016

Inhalt

- 1. EEG 2016 – Fluch oder Segen?**
- 2. Verbindliche Regeln für die Integration**
- 3. Stärkung der beruflichen Weiterbildung**
- 4. Drohenden Fachkräftemangel abwenden!**
- 5. Startschuss für freies WLAN – Die Störerhaftung wird abgeschafft**
- 6. SPD-Landesgruppe Hessen zu Besuch im Auswärtigen Amt**



EEG 2016 – Fluch oder Segen?

Nachdem Bundesregierung und Länder, trotz regional höchst unterschiedlicher Interessen, beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) am 31. Mai 2016 einen Kompromiss fanden und auch der letzte strittige Punkt, die Biomasse, beim Treffen der Koalitionsspitzen im Kanzleramt am 1. Juni ausgeräumt wurde, ist jetzt der Weg für die Reform des EEG frei.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel will nun am 8. Juni 2016 einen Gesetzentwurf im Kabinett einbringen. Wenn der Kabinettsbeschluss vorliegt, beginnt das parlamentarische Verfahren, bei dem es sicherlich noch zu Veränderungen kommen wird. Die Eile ist geboten, weil die Genehmigung des geltenden EEG durch die Europäische Kommission Ende des Jahres definitiv ausläuft.

Am Dienstag erläuterte Sigmar Gabriel seine Reformziele für das EEG in der SPD-Fraktion:

- Strom dürfe für die Verbraucher nicht mehr teuer werden. In den vergangenen zehn Jahren habe sich der Strompreis für Privatkunden verdoppelt.
- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien solle konsequent, aber mit Augenmaß vorantrieben werden. Dabei müsse der Ausbau der Stromnetze mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt halten.
- Die Vergütung des erneuerbaren Stroms solle ab 2017 nicht wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt werden.

In der sich anschließenden Diskussion wurde lebhaft über die Ausschreibung, Ausbaukorridore und Akteursvielfalt diskutiert. Einig war man sich darin, dass das EEG sehr genau und grundsätzlich, aber auch in Detailfragen in der Fraktion diskutiert werden soll.

Abschließend appellierte Gabriel an die SPD-Fraktion, das Gemeinwohl im Auge zu behalten. Die Erneuerbaren hätten längst gewonnen und sie seien auch keine schutzbedürftigen Welpen mehr, sondern flinke Jagdhunde. Im Koalitionsvertrag sei das Ziel 40 % Erneuerbare bis zum Jahr 2020 festgeschrieben, heute habe man aber bereits 34 %. Man könne nicht einfach unkoordiniert so weiter machen und die Korridore überschreiten, denn das hieße Strom zu vernichten, weil die Netzinfrastruktur noch fehle. Der Netzausbau müsse mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien synchronisiert werden.

Nach der Vorlage des Gesetzentwurfs werden wir sicher einige Monate detailliert beraten. Wir halten Euch weiter auf dem Laufenden.

Verbindliche Regeln für die Integration

Diese Woche brachten SPD und Union das sogenannte Integrationsgesetz in das parlamentarische Verfahren im Deutschen Bundestag ein. Dieses Gesetz ist das erste seiner Art in Deutschland. Wir wollen den Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, eine gute Chance geben, schnell auf eigenen Beinen zu stehen. Das ist der Schritt hin zu einem Einwanderungsgesetz und ein großer Erfolg für die SPD.

Was sich durch das neue Gesetz ändert, sehen Sie hier im kurzen Überblick und den genauen Gesetzestext finden Sie hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/086/1808615.pdf>

- Der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende wird durch die befristete Aussetzung der Vorrangprüfung in wirtschaftsstarken Bezirken erleichtert.
- Zukünftig dürfen Asylsuchende, die einen Ausbildungsplatz haben, für die Dauer ihrer Ausbildung nicht abgeschoben werden. Außerdem dürfen sie, wenn sie eine anschließende Beschäftigung haben, weitere 2 Jahre geduldet werden („3+2 - Regelung“).
- Das Angebot zum Spracherwerb wird ausgeweitet, Wartezeiten werden auf 6 Wochen verkürzt.
- Im Gegenzug wird von den Asylsuchenden eine aktive Teilnahme an Sprachkursen verlangt.
- Engagement soll belohnt werden. Deswegen sollen diejenigen, die bei Spracherwerb und Integration großes Engagement zeigen, bereits nach drei Jahren ein unbefristetes Niederlassungsrecht erhalten.
- Um zu verhindern, dass soziale Brennpunkte entstehen, sieht das Gesetz die befristete Einführung einer Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende vor. So kann die Verteilung zwischen Städten und Gemeinden besser gesteuert werden.
- Diese Wohnsitzauflage wird allerdings für diejenigen ausgesetzt, die eine Ausbildung oder Arbeit finden.

Stärkung der beruflichen Weiterbildung



Besonders gering Qualifizierte haben es oft schwer, sich weiter zu bilden. Trotz der guten, in Teilen sogar sehr guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oft Schwierigkeiten einen Job zu bekommen. Ziel des [Gesetzes zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung](#) ist es daher, Aufstiegs- und Fachkräftepotenziale durch die Fortentwicklung der Arbeitsförderung besser zu nutzen.

Im Detail soll beispielsweise die Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen fortentwickelt werden. Vor Ort können solche Instrumente gerade in kleinen und mittelständischen

Betrieben auch Chancen für geringer Qualifizierte bieten. Außerdem ist geplant, Teilnehmer einer abschlussbezogenen beruflichen Weiterbildung zusätzlich zu motivieren, indem sie beim Bestehen einer vorgeschriebenen Zwischen- oder Abschlussprüfung Prämien von 1000 beziehungsweise 1500 Euro erhalten.

Drohenden Fachkräftemangel abwenden!

In mehreren Branchen droht in den nächsten Jahren ein Mangel an qualifiziertem Personal. Wegen des absehbar hohen Bedarfs an Fachkräften hat es sich die Koalition aus SPD und CDU/CSU zum Ziel gesetzt, mehr Menschen beispielsweise im Bereich soziale Arbeit, Gesundheit und frühkindliche Erziehung zu qualifizieren und auch mehr Fachkräfte im technischen Bereich, besonders Frauen, für einen MINT-Beruf zu gewinnen.

Damit dem Arbeitsmarkt auch zukünftig genügend qualifizierte Menschen zur Verfügung stehen, sollen besonders mehr Frauen gefördert werden, auch durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem soll das Potenzial von älteren, erfahrenen Menschen, Asylbewerbern und Flüchtlingen, Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslosen sowie Schulabbrechern besser genutzt werden.

Der [Koalitionsantrag](#) hat das Anliegen, die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsverträge zu erhöhen und lebenslanges Lernen zu fördern. Die SPD wird die Maßnahmen begleiten und auf deren Umsetzung pochen, damit wir den drohenden Fachkräftemangel auch angesichts der demografischen Herausforderungen, vor denen unser Land stehen, gut bewältigen können.



Startschuss für freies WLAN – Die Störerhaftung wird abgeschafft!

In dieser Woche beraten wir in 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Telemediengesetzes.



Bisher regelte das Telemediengesetz nicht eindeutig, wer bei Missbrauch und Rechtsverletzungen haftbar gemacht werden kann. Somit bestand eine Rechtsunsicherheit für die Betreiber von WLAN-Internetzugängen, zum Beispiel kleine Cafés. Diese konnten im Zweifelsfall sogar für gesetzeswidriges Verhalten der Nutzer ihres Internetzugangs bestraft werden, obwohl sie selbst die Tat nicht begangen hatten. Diese Rechtsunsicherheit wird nun mit der zweiten Änderung des Telemediengesetzes aufgehoben. Das Gesetz schafft die notwendige Rechtssicherheit bei Haftungsfragen für die WLAN-Betreiber.

Damit ist der Startschuss gelegt, die WLAN-Abdeckung in Deutschland deutlich zu vergrößern. Ob in Bahnhöfen, Flughäfen, Cafés oder Hotels, die Nachfrage und Notwendigkeit nach einer freien Internetverbindung ist in den letzten Jahren zurecht immer mehr gestiegen.

Mit diesem Gesetz tragen wir der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung Rechnung und kommen einer flächendeckenden, freien und schnellen WLAN-Abdeckung in Deutschland immer näher.

SPD-Landesgruppe Hessen zu Besuch im Auswärtigen Amt

Die SPD-Landesgruppe Hessen, der Zusammenschluss aller hessischen SPD Bundestagsabgeordneten, war am vergangenen Montag auf Einladung des Staatsministers für Europa und Mitglied der Landesgruppe, Michael Roth, zu Gast im Auswärtigen Amt.

Die Tagesordnung der Landesgruppensitzung war gut gefüllt, angesichts der vielen Krisen in der Welt, gab es einiges zu besprechen. Thema war unter anderem der mögliche Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, der sogenannte „BREXIT“. Der Europaminister verdeutlichte, welche verheerenden Folgen ein solcher Austritt für die EU aber auch für Großbritannien selbst hätte. Er und die anderen Landesgruppenmitglieder teilen die Hoffnung, dass die Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien gegen den BREXIT stimmen werden und Europa aus seiner jetzigen Krise gestärkt hervor gehen wird.

Die einstimmige Meinung des Abends lautete: Wir sind begeisterte Europäer und wollen die europäische Idee wieder in den Fokus der Diskussion bringen. Denn: Frieden gibt es nur in einem geeinten Europa, dafür wollen wir uns einsetzen.

Zudem informierte sich die Landesgruppe über den aktuellen Stand im Israel/Palästina Konflikt. Dazu hatte der Staatsminister eine Expertin aus dem Auswärtigen Amt eingeladen. Mit ihr diskutierten die Gäste auch die allgemeine Lage im Nahen Osten und mögliche Zukunftsperspektiven für die Region.

Unsere Tipps:

- **Deutscher Mobilitätspreis:** Der Wettbewerb prämiert innovative Lösungen für die Mobilität der Zukunft und setzt wegweisende Impulse für den Standort Deutschland. Bis zum 3. Juli können deutschlandweit Start-ups, Unternehmen, Vereine, Verbände, Forschungsinstitutionen oder Universitäten unter www.deutscher-mobilitaetspreis.de am Wettbewerb teilnehmen.
- **CIVIL ACADEMY:** Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren können sich hier bis zum 26. Juni mit ihrer sozialen Projektidee um einen von 24 Stipendienplätzen bewerben. An drei Workshop-Wochenenden lernen sie dann von Profis aus Wirtschaft und NGO's alle Basics, um aus ihrer Idee Wirklichkeit werden zu lassen! Infos gibt es unter www.civil-academy.de
- Am **4. Juni ist der Tag der Organspende!** Er findet seit 1983 jährlich am ersten Samstag im Juni statt, um für das Thema Organspende zu sensibilisieren und mehr Menschen auf die Möglichkeit eines Spendeausweises aufmerksam zu machen. Ausweise zum Download gibt es z.B. unter www.organspende-info.de/organspendeausweis/erstellen

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia